

DIE FRAUEN VON ADAŠEVCI

Leute, die nur wirtschaftliche Probleme haben, wollen nicht mehr kommen. Aber die aus Gründen der Sicherheit und Politik fliehen, kommen weiterhin, die haben keine andere Wahl. Niemand flieht grundlos aus seinem Heimatland.

Ali Sadat, afghanischer Flüchtling

Diese Krise ist ein Test für unsere Menschlichkeit – entweder verfallen wir in Skepsis und Angst und errichten Mauern, oder wir erkennen uns im anderen.

Barack Obama, UN-Flüchtlingsgipfel, September 2016¹

Das serbische Flüchtlingslager Adaševci liegt etwas eigenwillig mitten auf einer Raststätte an der Autobahn von Belgrad nach Zagreb. Auf der gegenüberliegenden Seite steht ein Schild mit der Aufschrift: Preševo 480 km. Die meisten Flüchtlinge in Serbien kamen beim Grenzübertritt von Mazedonien in Preševo vorbei. Im dortigen Flüchtlingslager, auf dem Gelände einer ehemaligen Tabakfabrik, beantragten sie für gewöhnlich erstmals Asyl in Serbien.

Das Schild war ein Zeichen dafür, wie weit sie schon gekommen waren und wie weit sie noch reisen müssten. Nun saßen sie erst einmal in Serbien fest, an die 10.000 Personen in 13 Lagern oder im Freien schlafend, aufgehalten oder gebremst auf ihren Pfaden am ungarischen Zaun.²

Asylsuchende, Männer wie Frauen, scharten sich am Eingang des ehemaligen Motels, nun Hauptgebäude des Lagers, über ihnen dunkelgraue Wolken und heraufziehender Regen. Nur 100 Meter entfernt befüllten Fernfahrer ihre

Wagen mit Benzin, holten sich Kaffee und Kuchen und markierten damit einen Punkt auf ihrer eigenen, leichteren Reise. Nur wenige Flüchtlinge hatten Geld, hier etwas zu kaufen.

Direkt hinter dem Hauptgebäude saß Katan, eine jesidische Frau mittleren Alters aus dem Irak, mit ihren drei Kindern auf einem Stockbett im riesigen weißen UNHCR-Zelt. Sie hatte Asthma und hohen Blutdruck.

Sie erzählte mir, dass sie auf dem Weg nach Deutschland gewesen seien, um ihren Mann zu treffen, der schon vorausgegangen war. Andere jesidische Frauen hatten ihnen geholfen, bis hierher zu kommen. Ich versuchte mir vorzustellen, wie schwer es für diese Frau sein müsste; sie konnte nur langsam und unter Schmerzen gehen, diese lange Reise von der türkisch-bulgarischen Grenze, sich andauernd verstecken vor türkischen und bulgarischen Polizisten und der bulgarischen Bürgerwehr.

Ich fragte, ob ich sie fotografieren dürfte, aber sie lehnte schüchtern ab, sie schämte sich ob ihres Aussehens, ihrer Sorgenfalten, ihrer gespendeten Kleidung. „Bitte, meine Kinder können Sie fotografieren, aber mich nicht.“

Ihre Kinder saßen auf einem Dreier-Stockbett mit grünem Metallrahmen und grauen Decken und schauten in die Kamera. Keiner der Jungs lächelte. Sie sahen aus großen braunen Augen voller Hoffnung tief in meine Linse hinein. Der Junge zur Rechten hielt einen Spielzeug-Jeep fest. Das kleine Mädchen trug einen grau gestreiften Pullover mit der Nummer 32 in kleinen Sternen gezeichnet, sowie einen weißen Rock mit pinken Flecken auf ihrer roten Hose. Sie posierten nochmals am Eingang des Zelts, während es draußen heftig zu regnen begann.

Es stellten sich weitere Kinder hinzu, und so wurde der Besuch des Fremden doch noch etwas lustiger und sie begannen zu lächeln. Im Hintergrund waren ihre Mütter und ältere Schwestern zu sehen, die Flaschen mit Mineralwasser oder Mobiltelefone umklammerten.

Im Essensraum des Hauptgebäudes herrschte ein großes Gemurmel in Arabisch, Persisch und anderen Sprachen.

Ein Hauptthema war der Selbstmord eines jungen afghanischen Mannes am Vortag. Er war nur 21 Jahre alt und hatte sich im Wald auf der gegenüberliegenden Seite der Autobahn aufgehängt, weil er die langen Monate des Wartens nicht mehr aushielt, um vielleicht in Ungarn durch die Transitzonen legal einreisen zu können.

An den Wänden des Raumes hingen 20 Zettel mit Namen, gefolgt von Nationalität, Sprache und Anzahl der mitreisenden Kinder, sofern es welche gab. 25 Namen auf jedem Zettel, 500 Erwachsene und ihre Kinder – die derzeitige

Bevölkerungszahl von Adaševci. Ich las auch die Listen von Leuten, die auf den Einlass an den Transitzonen warteten. Die gefährdeten Frauen und Kinder sollten die kürzeste Wartezeit haben, alleinreisende Männer warten.

Das aber entsprach nicht den wirklichen Vorgängen hier. Die Listen waren oft zerrissen und teilweise kaum lesbar, manchmal waren Nationalität oder Sprache gestrichen oder durch eine andere ersetzt. Die Liste stellte die Schlange dar: Alle wollten vorwärts, einige überholten, andere fielen zurück.

Ein Somalier erlaubte mir, ihn an den Listen zu fotografieren. Er lief mit den Fingern die Reihen durch, er konnte seinen Namen nicht finden.

Ich erfuhr immer wieder, dass Frauen auf der Balkanroute allein mit ihren Kindern unterwegs waren und ich fragte mich, warum.

Zahra Husainy war Ende zwanzig, eine schöne Frau mit einer Ausstrahlung voller Würde und Entschlossenheit. Sie kam aus Afghanistan und entstammte der Volksgruppe der Hazara. Sie wurde im iranischen Exil geboren und hatte einen Landsmann geheiratet. Ihr Ehemann verließ sie dann und ging mit einer anderen Frau 2015 nach Europa.

Seine Familie hatte gefordert, dass sie und die Kinder mitreisen sollten. Das lehnte sie ab, sie borgte sich Geld von ihren Eltern und machte sich selbst nach Europa auf mit ihrer 13-jährigen Tochter und ihrem vierjährigen Sohn. Während ich mit ihr in einem recht komfortablen Zimmer des ehemaligen Motels sprach, rollten ihr Sohn und ich einen Ball hin und her.

„Wir sind alleine auf die Reise gegangen, aber entlang der Route haben uns nette Menschen begleitet. Im Boot von der Türkei nach Griechenland sind wir ins Meer gefallen, aber wir wurden herausgefischt. Beim zweiten Versuch klappte es, wir hatten es geschafft.“

Die Familie war vier Monate lang in Griechenland, Zahra bekam noch etwas Geld von ihren Eltern, dann reisten sie weiter gen Norden.

Der schlimmste Teil der Reise war für sie der Grenzübertritt von Griechenland nach Mazedonien. Sie mussten 16 Stunden lang durch die Wälder hetzen, weil die afghanischen Schlepper sich als ihre Anführer aufspielten und ihnen Schläge androhten, wenn sie nicht schneller gehen würden. „Wir prügeln euch, bis wir in Serbien sind“, riefen sie ihr zu. Ihre Tochter war krank und ihr selbst wurde schwarz vor Augen, so großen Hunger hatte sie. Auf den Gleisen in Mazedonien verloren sie alle Habseligkeiten, die sie den ganzen Weg vom Iran mitgebracht hatten. Auf dem Rest der Strecke hatten sie nichts als ihre Kleider am Leib.

Über sexuelle Gewalt wollte sie nicht sprechen. Sie sagte, zwei alleinstehende Männer wären mit ihnen nach Serbien gereist. Anfangs seien sie nett und hilfsbereit gewesen, dann hätten sie sie bedroht. Sie sollte den Behörden sagen, sie seien Verwandte. Das lehnte sie ab, aber irgendwie hatten es die beiden geschafft, ihre Namen neben ihren auf die Liste zu setzen. Das sagte sie den serbischen Behörden, aber die meinten, da könnten sie nichts machen und sie solle es den ungarischen Behörden vortragen, wenn sie die Transitzone erreicht hätten. Die Männer drohten ihr und den Kindern wieder mit Schlägen, sollte sie den Ungarn etwas verraten. Sie hatten sie bereits geschlagen und ihr an den Haaren gezogen, erzählte sie. Sie war verzweifelt.

Es gab viele Geschichten dieser Art. Der ungarische Zaun verwandelte den Norden Serbiens in eine Art Schnellkochtopf, in dem Flüchtlinge sich gegenseitig um den Platz in der Schlange bekämpften. Einige versuchten auch, die serbischen Beamten zu bestechen, um ihre Namen weiter nach oben auf den Listen zu bekommen. Ich hörte von Vorwürfen, dass Beamte solche Bestechungen sowohl aktiv einforderten, um den Betrug zu ermöglichen, aber auch stillschweigend Zahlungen akzeptierten, wenn solche Wünsche an sie herangetragen wurden.

Und da nun alleinreisende Männer so lange warten mussten, um einen Platz in der ungarischen Transitzone zu bekommen, versuchten einige, Frauen und Kinder zu bedrängen, sich als ihre Verwandten auszugeben, um schneller nach Ungarn zu kommen.

Ich fragte Zahra, was sie in Deutschland tun würde, wenn sie ankäme. Würde sie ihren Ex-Mann suchen, den Vater ihrer Kinder? „Ich kenne niemanden in Deutschland“, sagte sie, „Ich habe keinen Kontakt zu ihm, weil er keinen guten Umgang mit der anderen Frau hatte.“

Ali Sadat, afghanischer Flüchtling, bestätigte ihre Geschichte. Ihn fragte ich, warum nicht mehr Leute mit Schleusern durch Kroatien gingen, da das Lager doch so nahe an der kroatischen Grenze lag, anstatt an der ungarischen Grenze zu warten. Er sagte mir, dass das auch einige tun würden, aber „es wird Tag für Tag schwerer, durchzukommen. Die Zäune sind nicht das Problem, aber die Hunde, die Polizei lässt die Hunde auf dich los.“

Nach seinen Erfahrungen waren die bulgarischen und ungarischen Polizisten die schlimmsten. Ali sprach Arabisch, Englisch, Urdu, Hindi, Paschtu, Farsi und Russisch – ein wenig Russisch hatte er auf der Reise gelernt – „Der Flüchtlingsweg ist eine tolle Uni“, sagt er lachend.

Wegen seiner Sprachenkenntnisse wurde er viel vom serbischen Sekretariat

für Flüchtlingsfragen sowie von NGOs im Lager angefragt.

Unter den anderen Flüchtlingen war er auch wegen seines guten Benehmens und seiner grenzenlosen Energie beliebt. Aus UNHCR-Decken hatte er ein provisorisches Volleyballfeld gemacht, um die langen Stunden des Wartens zu füllen. Ali reiste mit seinen vier Schwestern und war von Griechenland durch Albanien und den Kosovo gekommen. Er war der erste Flüchtling, den ich traf, der diese Route gegangen war. In den albanischen Bergen kam bei ihm das Gefühl auf, dass er es bereute, die Reise auf sich genommen zu haben.

Sie waren in einer Gruppe von 15 Leuten unterwegs, ohne Anführer, sie liefen nach den Karten auf ihren Handys. Andere entlang der Route durch Albanien hatten weniger Glück, meinte er, sie landeten für sechs Monate hinter Gittern. Ich fragte ihn, warum so viele schwangere Frauen auf der Route unterwegs seien.

„Viele werden schwanger, ehe sie sich aufmachen. Sie denken, dass wenn ihr Kind in Europa geboren wird, sie bessere Chancen haben, bleiben zu dürfen.“ Durch die vielen Verzögerungen in den Ländern bekamen jedoch viele Frauen Kinder auf dem Weg nach Europa, oftmals unter schlimmen Bedingungen. „Es ist sehr unfair, dass einige Länder ihre Grenzen öffneten und dann wieder schlossen, weil das viele ermutigt hat, sich aufzumachen.“

Der Eindruck, dass die Route immer schwerer zu bewältigen war, sprach sich auch in den Heimatländern vieler Migranten herum. Ali meinte: „Leute, die nur wirtschaftliche Probleme haben, wollen nicht mehr kommen. Aber die aus Gründen der Sicherheit und Politik fliehen, kommen weiterhin, die haben keine andere Wahl. Niemand flieht grundlos aus seinem Heimatland.“

Auf dem Bildschirm über seinem Kopf im vollen Essensraum führte Arsenal London gegen Hull 1:0.

Draußen traf ich Fasal Amin, ein junger Afghane, der es schon einmal bis Deutschland geschafft hatte. In Deutschland erfuhr er, dass seine Frau, seine Eltern und drei seiner Kinder bei einem Bombenattentat auf offener Straße in Kabul getötet wurden. Die deutschen Behörden gaben ihm die 700 Euro, die er für den Rückflug brauchte.

Er verbrachte einen Monat in seiner Heimat, beerdigte seine Liebsten und machte sich dann wieder auf nach Deutschland, tief getroffen und traumatisiert. Es gab nichts und niemanden mehr für ihn in seiner Heimat. Manchmal sprach er laut und wedelte mit seinen Händen herum, dann wieder wurde er still und seine Stimme wirkte gegen die Laster, die hinter ihm auf der Autobahn

vorbeidröhnten, wie ein Wispern. Konnte so ein Mensch jemals wieder glücklich werden, nach all dem Erlebten? Es war allein das Adrenalin und der beben-
de Zorn in ihm, die ihn weitermachen ließen.

Von Adaševci aus ging ich zum offiziellen Flüchtlingslager, dem One Stop Centre in Subotica auf serbischer Seite. Mit 58 Jahren war Dalal Hasan eine der wenigen älteren Frauen, die ich auf der Route traf. Sie reiste mit zwei Enkelin-
nen, sie waren sieben und vier, sowie ihrer Schwägerin, die 30 Jahre alt war. Ihr Mann war Taxifahrer und wurde 2014 bei einem Luftangriff getötet, während er in den Straßen von Aleppo verletzte Kinder retten wollte.

Sie hatten den Fluss Evros von der Türkei nach Griechenland in einem klei-
nen Boot überquert. Nach ihrer Aussage war sie ohne jegliches Geld losgegan-
gen, andere hätten bei Schleppern für sie mitgezahlt, erzählte sie.

„Wir sind arme Leute aus Syrien, eine einfache und ehrliche, warmherzige Familie. Jeder möchte uns helfen.“

Der Stein des Anstoßes für sie zum Fliehen war der Hunger. „Es gab so viele Bombardierungen, wir hatten vor allem möglichen Angst, wir waren krank und hatten kein Geld mehr, Essen zu kaufen.“

Schlepper in Mazedonien hatten sie in den Bergen in ein Zimmer gesperrt, die Fenster eingeschlagen und gedroht, alle umzubringen, wenn nicht jede Fa-
milie mehr Geld herausrücken würde. Nicht einmal Wasser wollten sie ihnen geben. Sie waren so durstig, dass sich ihre Haut gelb färbte, erzählte sie. Als ich fertig mit meinen Fragen war, hatte sie ein Anliegen. Sie wolle durch mich gern allen Menschen auf der Welt danken, die sich für die armen Menschen einset-
zen, die ihre Heimat verloren hatten.

Ich brachte sie zu ihrem Schlafraum. Babys schrien, Flüchtlinge tapsten vor-
sichtig auf noch feuchtem Beton. Die Lagerärztin Rita Belić sagte mir, dass sie in Adaševci bislang drei Geburten betreut hätte. Hier saß auch die 58-jährige Dal-
al Hasan; sie trug pinke Plastiksandalen, die ihr Freiwillige in Belgrad gegeben hatten. Ihre eigenen Schuhe, mit denen sie aus Aleppo gekommen war, hatte sie verloren.

Gordana arbeitete bei Care International in Kelebia; sie half Flüchtlingen auf dem Weg nach Ungarn an einem kleinen Lager neben einer Straße. Gor-
dana stammte aus Kroatien und war selbst Flüchtling; sie war im Jahr 1995 vom kroatischen Militär des Landes verwiesen worden. Viele Freiwillige in Serbien waren Flüchtlinge wie sie; sie hatten ein Verständnis dafür, wie sich das anfühlt.³

Die NGOs in Kelebia hatten ein kleines Fleckchen Land gemietet, damit die Kinder eine sichere Spielfläche hatten, eine Stelle, um Essen, Tee und Kleidung verteilen zu können an die vielen, die in Hütten und Zelten in der Nähe des ungarischen Zauns untergekommen waren, alle in der Hoffnung, bald in die Transitzone nach Ungarn eingelassen zu werden.

Ich fragte Gordona, ob sich die Balkanroute nun mehr oder weniger erledigt hätte.

Menschen in Not sind wie Wasser. Sie werden immer Wege finden, vorwärts zu kommen. Zäune können sie nicht aufhalten, aber ihre Zahl verringern. Die Zahlen werden erst sinken, wenn die Kriege in den Ländern vorbei sind. Menschen wollen immer überleben und es wird immer welche geben, die nicht aufgeben. Die Kinder geben ihren Müttern genug Energie und Ansporn, weiterzumachen. Frauen werden immer für das Wohl ihrer Kinder kämpfen, auch wenn sie keinen Schlaf finden und nichts zu Essen haben. Sie gehen weiter, so lange sie das Gefühl haben, dass sie ihre Kinder an einen Ort bringen, wo sie sicher sind und wo sie vielleicht zur Schule gehen können.

*

Nach dem britischen Referendum im Juni wartete eine zweite Abstimmung auf Europa, die Abstimmung zur Einführung der Flüchtlings-Quoten in Ungarn im Oktober 2016. Die Frage lautete: „Wollen Sie, dass die Europäische Union auch ohne die Zustimmung des Ungarischen Parlaments die verpflichtende Ansiedlung von nichtungarischen Staatsbürgern in Ungarn vorschreiben kann?“

So wie die Fragen der landesweiten Befragung im Frühjahr 2015 war auch diese Quoten-Frage stark auf die Vorstellungen der Regierung ausgerichtet.

Ob die Europäische Kommission derweilen noch selbst an den Erfolg verpflichtender Quoten glaubte, war unsicher. Neben Italien und Griechenland, die direkt von der Umsiedlung von Asylsuchenden profitiert hätten, zeigte sich kein anderes EU-Land wirklich begeistert von der Idee.

Bis September 2016 waren von den 100.000 Menschen, die umgesiedelt werden sollten, nur etwa 20.000 tatsächlich an dem Zielort angekommen. Viele Staaten hatten ihre Bedenken mit Menschen, die aus ihrer Sicht ungebeten ins Land kamen.

Die Quotenregelung war eine nützliche Waffe für die ungarische Öffentlichkeit im „Kampf gegen Brüssel“ und die Regierung setzte sie ein, um die Bedenken gegen Migranten aufrechtzuhalten, selbst wenn nur wenige das Land nach Fertigstellung der Zäune an den Grenzen zu Kroatien und Serbien erreicht hatten und noch viel weniger überhaupt hätten bleiben wollen, wenn sie als bleibeberechtigt angesehen gewesen wären.

Von März bis September 2016 wurden riesige Werbeplakate aufgehängt und Anzeigen im Radio, TV und im Internet geschaltet, um die Linie der Regierung in jeden Haushalt zu drücken. Die Kampagne suggerierte die Botschaft: Wir haben unsere Vordertür verteidigt, jetzt versucht die Europäische Kommission, uns illegale Wirtschaftsmigranten durch die Hintertür ins Land zu schleusen.

Die Ausstrahlungen verstärkten sich im August während der Olympischen Spiele in Rio de Janeiro. Jede halbe Stunde erschienen kurze Clips auf der Mattscheibe, in der die Bevölkerung aufgefordert wurde, bei der Abstimmung ihrer patriotischen Pflicht nachzukommen.

Es gab auch Kontroversen nach einer TV-Übertragung der Schwimmwettbewerbe, bei der die 18-jährige syrische Sportlerin Yusra Mardini für die eigens geschaffene zehnköpfige olympische Flüchtlings-Mannschaft startete und Erste wurde. Der Kommentator stellte alle Starter des Rennens vor, sie nannte er nicht. Später erklärte er, das sei aufgrund technischer Störungen geschehen und keine Absicht gewesen. Yusra Mardini hatte Deutschland im Sommer 2015 erreicht. Als der Außenbordmotor des kleinen Schlauchboots, mit dem sie über die Ägäis fahren wollte, ausfiel, schwammen sie und andere Flüchtlinge drei Stunden lang, um es an die griechische Insel zu ziehen.

Die meisten Parteien der ungarischen Opposition wollten einen Boykott des Referendums erwirken, während die Rechtsaußen-Partei Jobbik halbherzig Unterstützung zusagte.

Nur die Spaßpartei des zweischwänzigen Hundes MKKP wagte es, die Regierung auf den Arm zu nehmen. Kraft eines Crowdfundings, wofür sie in sozialen Medien trommelten, bekamen sie 100.000 Euro Unterstützung. Ihre konkurrierenden Plakate und Anzeigen karikierten die Regierungs-Botschaften sowohl in Ausdruck und Inhalt. Sie basierten auf der Fragestellung der Regierungs-Anzeigen „Wussten Sie eigentlich...“ Unter den 27 satirischen Varianten waren:

Wussten Sie eigentlich, dass es in Syrien Krieg gibt?

Wussten Sie eigentlich, dass der durchschnittliche Ungar mehr

UFOs gesehen hat als Flüchtlinge?

Wussten Sie eigentlich, dass die meisten Athleten, die in Rio gegen Ungarn antreten, Ausländer sind?

Wussten Sie eigentlich, dass eine Millionen Ungarn nach Westeuropa auswandern wollen?

Der Chef der Spaßpartei Gergely Kovács sagte mir: „Wir können nichts gegen die Leute tun, die ihren Tag damit verbringen, Migranten zu hassen. Menschen, die vermutlich in ihrem ganzen Leben mehr Aliens von anderen Planeten gesehen haben als Flüchtlinge. Wir sprechen die Leute an, die von der Regierungskampagne ermüdet sind, denen möchten wir sagen, dass es nicht nur ihnen so geht.“

Die Regierung verteidigte naturgemäß sowohl Kampagne als auch Referendum. Der Regierungssprecher Zoltán Kovács sagte: „Ich glaube, gesunder Menschenverstand kann nicht Xenophobie genannt werden. Menschen in der ganzen EU merken, dass etwas nicht stimmt im Umgang mit Migranten. Hier ist etwas außer Kontrolle geraten. Wir müssen an unseren Grenzen wieder Herr der Lage werden, an den EU-Außengrenzen muss Recht und Ordnung herrschen.“

Umfrageinstitute nahmen in der Bevölkerung einen Trend der Sympathie in Richtung Migranten und Flüchtlinge wahr. Während es noch im Sommer des Vorjahres viel Sympathie gab und ungarische Bürger tatsächlich mit Flüchtlingen in Berührung kamen, führte nun ihre Abwesenheit und die Omnipräsenz der Regierungskampagne allerdings dazu, dass Unentschlossene wieder umschwenken ließen.

„Im September 2015 gaben zwei Drittel der befragten Ungarn an, sie seien dafür, Migranten zu helfen, ein Jahr später sind etwa zwei Drittel dagegen“, sagte mir der Leiter des Publicus Instituts András Pulai. „Im September 2016 äußerten nur 21 Prozent der Befragten Sympathie oder Solidarität für sie, 78 Prozent wollen, dass keinerlei Flüchtlinge in Ungarn angesiedelt werden, auch nicht, wenn sie vor Krieg und Verfolgung fliehen.“

Gergely Kovács, der Chef der Spaßpartei, meinte hingegen, solche Zahlen zeichneten das Bild von hartherzigen Ungarn, das aber so nicht stimme.

„Es ist wichtig für uns zu zeigen, dass das Land Ungarn und seine Bürger viel freundlicher und normaler sind als man das anhand der Regierungsplakate denken könnte. Es gibt Millionen, die mit der Kampagne nicht übereinstim-

men.“

Seine Partei rief die Bürger dazu auf, das Referendum nicht zu boykottieren, sondern ihre Stimmzettel ungültig zu machen.

*

Eine Reihe hochrangig besetzter Gipfeltreffen im September bot den europäischen Staatschefs Gelegenheit, Vorschläge zu machen oder Angebote zur Lösung der Flüchtlingskrise zu unterbreiten.

Die Slowakische Republik hatte den EU-Vorsitz am 1. Juli übernommen. Wie Viktor Orbán sprach sich auch der slowakische Premier Robert Fico gegen die Aufnahme von Asylsuchenden aus. Führende EU-Politiker kamen nun in Bratislava in einer Atmosphäre zurückhaltender Höflichkeit zusammen; noch immer lag Verunsicherung im Raum über das Festhalten an der Quotenregelung.⁴

Die ungarische Regierung hatte aufgrund ihrer eigenen kostspieligen Abstimmung ein hohes Interesse daran, dass die Regelung noch als großes Thema auftauchte. Andere EU-Staaten, darunter die Slowakei, suchten eine vernünftige Einigung und eine Abschwächung der konfliktreichen Sprache. Angela Merkel trug ihrerseits zur Findung einer gemeinsamen Sprache bei, indem sie zugab, bei der Bewältigung des Flüchtlingsthemas Fehler begangen zu haben.⁵

Sie sagte Journalisten: „Wenn ich könnte, würde ich die Zeit um viele, viele Jahre zurückdrehen, um mich mit der ganzen Bundesregierung und allen Verantwortungsträgern besser vorbereiten zu können auf die Situation, die uns dann im Spätsommer 2015 eher unvorbereitet traf.“

Merkel erklärte, es sei aber nicht die Aufnahme so vieler Menschen gewesen, die problematisch gewesen sei oder die Weigerung, eine Obergrenze einzuführen, sondern die mangelnde Vorbereitung sowie das Abstimmen mit anderen Ländern – das hätte anders geschehen sollen, meinte sie. Weiter sagte sie:

Dagegen gar nicht gut ist, wie die Europäische Union derzeit insgesamt und speziell in der Flüchtlingspolitik verfasst ist. Ich habe es mehrfach gesagt und ich wiederhole es auch jetzt: Wir haben in Europa noch immer kein gemeinsames Verständnis, die Flucht so vieler Menschen tatsächlich als das zu erkennen, was sie ist, eine globale und eine moralische Herausforderung, und wir müssen daraus die nötigen Schlussfolgerungen in Europa ziehen und dass das noch nicht gelungen ist, das beschwert auch mich.

Ihr Eingeständnis war auch eine Reaktion auf erneut schlechte Wahlergebnisse für die CDU bei den Landtagswahlen in ihrem Heimatbundesland Mecklenburg-Vorpommern. Die SPD gewann mit komfortablem Abstand, jedoch verdrängte erstmals die AfD die CDU auf den dritten Platz. Hauptthema der AfD im Nordosten war Einwanderung, wenngleich nur wenige Migranten tatsächlich in Mecklenburg-Vorpommern lebten; 2015 wurden dort nur 23.000 aufgenommen. Die Ergebnisse waren ein weiteres Warnsignal für die deutsche Kanzlerin.

Der Gipfel in Bratislava war der erste nach dem Brexit-Votum im Juni, auf dem führende EU-Politiker zu ihrem Bild eines Europas ohne Großbritannien Stellung nehmen konnten. Bei den Vorgesprächen war Viktor Orbán typischerweise sehr offen. „Jetzt gilt es, eine kulturelle Konter-Revolution ist möglich“, verkündete er in Krynica, einem Ferienort in einem Ausläufer der Karpaten in Südpolen. Dort hatte Anfang September ein regionales Wirtschaftstreffen stattgefunden.⁶

„Die Bürger ändern sich nicht einfach ... die nationale und religiöse Identität hat noch immer ihren Platz ... es gibt keine ganzheitlich europäische Identität, die sie ersetzen kann.“

Ganz in seinem Element erklärte Viktor Orbán weiter, das Problem in Europa läge in der Arroganz und Ideologie der europäischen Eliten. Die würden darauf bestehen, dass es „... nicht modern sei, Pole zu sein oder Ungar, Tscheche, Christ oder ein anderweitig Gläubiger; sie schlagen eine neue, eine europäische Identität vor, aber dazu haben die Briten jetzt Nein gesagt, sie wollen britisch sein.“

Die Antwort darauf, so Orbán und sein Freund Jaroslav Kaczynski, Chef der polnischen Regierungspartei PiS, sei eine grundlegende Reform der EU; den nationalen Parlamenten müsse mehr Gehör verschafft werden, Föderalismus müsse abgeschafft werden. Kaczynski sprach seinerseits über die „Hegemonie“ Deutschlands in EU-Fragen. Er meinte, dass ein diverses Europa durch den Aufstieg von „Popkultur und amerikanischer Kultur“ hinweggewischt werde.

Bei dem Gipfel in Bratislava schlug Orbán zudem vor, die Flüchtlingswellen in großen Lagern, „Hotspots“, außerhalb der EU aufzufangen, zum Beispiel in Libyen. In seiner altbekannten Widersprüchlichkeit unterstützte er allerdings plötzlich die Schaffung einer europäischen Armee, ohne darauf einzugehen, dass diese Idee natürlich mit seiner ständig eingeforderten Eigenständigkeit und nationalen Souveränität nicht vereinbar war.

Seine Vorstellung von Migration primär als Sicherheitsthema schien ihm

in diesem Punkt bei der Meinungsänderung geholfen zu haben. Eine Aufgabe der künftigen Armee sah er demzufolge darin, die EU-Außengrenzen zu verteidigen. Der konservative luxemburgische Premier Jean Asselborn trug zu der kriegerischen Atmosphäre insofern bei, als dass er vorschlug, doch Ungarn aus der EU zu entlassen oder zumindest wegen der „schändlichen“ Haltung seiner Regierung in der Flüchtlingskrise die Mitgliedschaft auszusetzen.

Schließlich gab es in Bratislava eine Abschlusserklärung; die Road Map, auf die man sich geeinigt hatte, war ein Kompromiss. Die Visegrád-Staaten trugen eine eigene Erklärung vor, in der sie „flexible Solidarität“ einforderten. In selbiger könnten etwa Staaten, die der „Relocation“ von Asylsuchenden für ihr Land nicht zustimmten, anderweitig ihre Solidarität zeigen, wie etwa beim Patrouillieren und Wacheschieben an den EU-Außengrenzen oder durch das Bereitstellen von Ausrüstung.

Das „Potenzial und die Erfahrung“ jedes Landes sollten in Betracht gezogen werden. Der Vorschlag der Visegrád-Staaten wurde als konstruktiv angesehen und traf bei früheren Kritikern wie Angela Merkel und Martin Schulz auf grundsätzliche Zustimmung. In der finalen Abschlusserklärung konnten die Visegrád-Staaten den anderen EU-Ländern abringen, einen Willen zur Stärkung der EU-Außengrenzen deutlich zu formulieren.

Es sollte kein Zurück mehr geben in das Chaos des Vorjahres, waren sich alle einig. Es gab auch einen gewachsenen Konsens und eine Solidarität unter den Mitgliedstaaten – nach all den furchtbaren Querelen untereinander. Nun wurde ein breiter Konsens nötig, um eine Langzeit-Strategie für Einwanderung auf die Schiene zu bringen, sowie eine Einigung dazu, „wie künftig die Prinzipien von Verantwortlichkeit und Solidarität“ umgesetzt werden könnten. Die Völker Europas sollten ein größeres Sicherheitsgefühl erlangen.

Für die ungarische Regierung stellte ein erfolgreicher Gipfel allerdings ein Problem dar, denn wenn nun die Pflicht-Quoten tot waren, wie Premier Robert Fico triumphierend verkündete, warum genau sollte man dagegen in Ungarn jetzt noch abstimmen?⁷

Am 19. September fand in New York die UN-Vollversammlung statt, erstmals mit dem Hauptthema Flüchtlinge und Migranten.⁸

Weltweit gab es nach Schätzungen 21,3 Millionen Flüchtlinge. 84 Prozent von ihnen waren in Notunterkünften in armen Ländern untergebracht, nur 16 Prozent in wohlhabenden Ländern. Das war eine Statistik, die sich gut auf einem riesigen Plakat am Straßenrand in Ungarn gemacht hätte, doch hatte dafür keiner Geld übrig.

Die Regierungen hatten lange gebraucht, um auf die drängenden Bitten der UN-Abteilungen zu reagieren, nur 19 Prozent der angepeilten Hilfen waren an den Südsudan geflossen, 22 Prozent für den Jemen und 49 Prozent nach Syrien. Russland nahm keinerlei Flüchtlinge zur Umsiedlung auf, auch die Golfstaaten nicht, wenngleich dort viele Bürger der kriegsgeschüttelten Staaten arbeiteten. Saudi-Arabien hatte die Abschiebung tausender Syrer ausgesetzt, die sie wegen abgelaufener Pässe des Landes verweisen wollten.⁹

Der ungarische Außenminister Péter Szijjártó trat ebenfalls in New York auf und gab den Aufsässigen.¹⁰

Er sagte der Versammlung:

Wir haben unsere Grenzen bis jetzt verteidigt und werden auch in Zukunft keine Massenübertretung unserer Grenzen erlauben. Wir sagen klar: Derzeit gibt es überall auf der Welt Einwanderungsverfahren, die überall gescheitert sind. Politische Handhabungen, die Länder dazu zwingen, tausende Migranten gegen ihren Willen aufzunehmen, sind gescheitert.

Die Wortwahl und auch der Inhalt der Rede von US-Präsident Barack Obama war freilich ein anderer.¹¹

Wir sind hier, weil genau in diesem Moment Mütter von ihren Kindern getrennt sind, so wie etwa Mütter in Lagern in Griechenland, die sich an Fotos ihrer Familien klammern und ihre Kinder am Telefon weinen hören und sagen: „Meine Kinder geben mir Lebensmut, ich sterbe jeden Tag 10, 20, 30 Mal.“ Wir sind hier, weil Väter einfach nur ein neues Leben für ihre Familien aufbauen wollen – wie Refaii Hamo aus Syrien, der seine Frau und Tochter im Krieg verloren hat und den wir in Amerika willkommen heißen haben, und der sagt: „Ich glaube immer noch, dass ich in der Welt einen Unterschied machen kann.“

Wenn wir Flüchtlinge wegschicken aufgrund ihrer Herkunft, Religion oder schlichtweg, weil sie Muslime sind, dann verstärken wir damit die terroristische Propaganda, dass Länder wie meines den Islam bekämpfen, was eine schreckliche Lüge ist; das muss in all unseren Ländern als solche abgetan werden und stattdessen sollten wir die Werte von Pluralismus und Diversität hochhalten.

Diese Krise ist ein Test für unsere Menschlichkeit – entweder verfallen wir in Skepsis und Angst und errichten Mauern, oder wir erkennen uns im anderen.

Die New Yorker Erklärung für Flüchtlinge und Migranten wurde von Vertretern aus allen anwesenden 193 Staaten unterzeichnet.

Die Unterzeichner verständigten sich darauf, „diejenigen zu beschützen, die zur Flucht gezwungen sind und die Staaten, die sie aufnehmen, zu unterstützen, im Rahmen internationaler, gleichwertig getragener Verantwortlichkeit und Verlässlichkeit.“

Die britische Oxfam war enttäuscht.¹²

„Die Welt hatte die Gelegenheit, einen humanitären ersten Schritt in dieser Sache zu machen, aber bislang haben die Regierungen nur halbherzig darauf reagiert. Das ist für uns nicht hinnehmbar“, schrieb Josephine Liebl, eine speziell in Afrika engagierte Oxfam-Mitarbeiterin.

Das bedeutendste Ergebnis des Gipfels war, das UNHCR mit der Schaffung eines sogenannten Global Compact Netzwerks für Flüchtlinge zu etablieren sowie ein eigenes für sichere, reguläre und geordnete Migration.¹³

Die ersten Komitees dazu würden Anfang 2018 zusammenkommen. Die Staatschefs der Westbalkanstaaten und Donald Tusk, Angela Merkel, der österreichische Kanzler Christian Kern sowie Ungarns Viktor Orbán trafen zum letzten Gipfel des Monats am 24. September in Wien zusammen. Donald Tusk sagte:

„Wir müssen übereinstimmen – politisch wie in Taten – dass die Westbalkanroute für irreguläre Migration dauerhaft geschlossen wird.“

Kern forderte eine „massive Verstärkung“ der EU-Außengrenzen. Viktor Orbán ging noch einen Schritt weiter, er forderte die Schaffung einer „riesigen Flüchtlingsstadt“ an der libyschen Küste. Der EU-Migrationskommissar Dimitris Avramopoulos erinnerte die Mitgliedstaaten daran, dass alle angestrebten Lösungen der Migrationswellen in die EU humanitär und im Rahmen der Würde vertretbar sein müssten.

„Solidarität ist kein à la carte-Geschäft“, meinte er. Am Tag vor dem Gipfel waren 160 Menschen ertrunken, als ihr Boot vor der libyschen Küste sank. In einem Interview mit dem österreichischen *Standard* lobte Christian Kern Ungarns Beitrag zur Minderung des Flüchtlingsstroms:¹⁴

Wir können nicht wegschauen, denn wir sind Nutznießer dieser Orbánschen Politik, weil damit viel weniger Flüchtlinge nach

Österreich oder Deutschland kommen. Wir haben daher auch die Verantwortung, uns um die negativen Folgen dieses Vorgangs zu kümmern. Irgendwann werden sich diese Menschen von allein auf den Weg machen, und das Problem verschiebt sich an eine andere europäische Grenze.

Österreich hatte sich bereiterklärt, zwei Milliarden Euro für Unterkunft und Integration von Flüchtlingen im Jahr 2016 auszugeben, sagte er. Kern konnte Verständnis dafür aufbringen und sogar Ungarn in dem Punkt loben, aber er drängte das Nachbarland und andere auch, die Verteilungsquoten für Asylsuchende zu akzeptieren:

Wenn wir dieses Problem nicht lösen können, dann stellt sich das europäische Projekt, das auf Solidarität und Gemeinsamkeit aufgebaut ist, selbst infrage. Das Problem ist so groß, dass sich niemand seiner Verpflichtung entziehen darf. Das wäre auf Dauer nicht akzeptabel.

*

In Ungarn schaute man derweil nach neuen Kräften für eine sogenannte *Grenzjäger-Einheit* innerhalb der Polizei. Der Name war natürlich unglücklich gewählt in einer Zeit, da sich die ungarischen Behörden zahlreichen Vorwürfen wegen Polizeigewalt gegen Migranten stellen mussten. Meine Kontaktleute in der Polizei versicherten mir, dass es keine angeordnete Brutalität gäbe und dass die obersten Beamten alles taten, um rechtliche und humanitäre Standards zu gewährleisten und dass neue Kräfte mit rassistischen Ansichten nicht eingestellt würden.

Diese neuen Grenzjäger, 3.000 an der Zahl und allesamt Polizisten, hatten ab Mai 2017 die Aufgabe, die südliche Grenze zu verstärken. Nun musste die modernste Rekrutierungs-Kampagne der Polizeigeschichte her, um 3.000 zusammen zu bekommen. Plakate tauchten überall im Land auf, Werbeanzeigen auf Facebook und der Webseite police.hu wurden geschaltet. Drei lächelnde Polizisten schauten in die Kamera; eine Frau, ein großer Typ, ein kleiner Typ, alle mit dunkelroten Baretts.

Bewerber sollten über 18 Jahre alt sein, ungarische Staatsbürger mit Abitur, körperlich fit und sie mussten einen psychologischen Test bestehen. Die Bezahlung wäre 484 Euro in den ersten zwei Monaten, danach 710 Euro pro